



BMU

Der Bundesminister für
Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

PRESEMITTEILUNG

02/91

Bonn, 24.01.1991

Bundesumweltminister Töpfer erteilt bundesaufsichtliche Weisung zu Schacht Konrad

Bundesumweltminister Dr. Klaus Töpfer hat heute die niedersächsische Umweltministerin Monika Griefahn nach Artikel 85 Abs. 3 des Grundgesetzes angewiesen, das Verwaltungsverfahren für Schacht Konrad als Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle durch Einleitung der Öffentlichkeitsbeteiligung fortzuführen. Im einzelnen hat Töpfer die niedersächsische Umweltministerin angewiesen,

- die Bekanntmachung des Vorhabens bis spätestens zum 02. März 1991 vorzunehmen,
- ihm den Entwurf des Bekanntmachungstextes bis spätestens zum 21. Februar 1991 zur Abstimmung vorzulegen,
- spätestens am 11. März 1991 mit der zweimonatigen Auslegung der Unterlagen zu beginnen und
- ihn binnen 4 Wochen nach Ende der Auslegung über die erhobenen Einwendungen sowie über das weitere Vorgehen zu informieren.

Bundesumweltminister Töpfer: "Mein bisheriges Vorgehen war geprägt von eingehenden Kontakten mit dem Land Niedersachsen,

...
Verantwortlich: Bundesumweltministerium
Pressereferat: Marlene Mühe
Postfach 120629, 5300 Bonn 1
Tel. 0228/305-20 15/20 11

um das Verfahren voranzubringen. Mein Ziel ist es dabei gewesen, zu einer Übereinstimmung zwischen Bund und Land im Verfahren zu kommen. Das Bundesumweltministerium hat sich in den zurückliegenden Wochen und Monaten intensiv mit den vorgebrachten Argumenten des Landes gegen die Einleitung der Öffentlichkeitsbeteiligung auseinandergesetzt. Diese Argumente habe ich am 14. Dezember 1990 in einem bundesaufsichtlichen Gespräch mit dem Niedersächsischen Umweltministerium als atomrechtlicher Planfeststellungsbehörde eingehend erörtert. Die Planfeststellungsbehörde hatte Gelegenheit, ihre Argumente vorzutragen, warum die Unterlagen aus ihrer Sicht noch nicht vollständig und damit nicht auslegungsreif seien. Dabei hat sie ihre Begründung ausschließlich auf das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung gestützt.

Ich habe der niedersächsischen Umweltministerin nochmals Gelegenheit gegeben, ihre Argumente auch schriftlich darzulegen. Nach eingehender Prüfung bin ich zum Ergebnis gekommen, daß die Ausführungen Niedersachsens nicht stichhaltig sind und die Auslegungsreife der Unterlagen nicht infragestellen. Das Bundesamt für Strahlenschutz hat im gesamten Verfahren zur Erstellung der Unterlagen den Anforderungen zur Umweltverträglichkeitsprüfung Rechnung getragen, wie sie schon in der UVP-Richtlinie der EG aus dem Jahre 1985 und im übrigen auch im Atomrecht festgelegt waren. Die Unterlagen entsprechen damit auch den Anforderungen des UVP-Gesetzes.

Da die Meinungsverschiedenheiten zwischen Bund und Land nicht ausgeräumt werden konnten, habe ich nunmehr von meinem Weisungsrecht nach Artikel 85 Abs. 3 des Grundgesetzes Ge-

brauch gemacht und die Gründe dafür der niedersächsischen atomrechtlichen Planfeststellungsbehörde mitgeteilt.

Bundesumweltminister Töpfer unterstrich nochmals, daß diese Weisung keine Sachentscheidung im Hinblick auf die Inbetriebnahme des Endlagers enthält, sondern allein verfahrenslenkend und verfahrensfördernd auf den Beginn der Öffentlichkeitsbeteiligung hinwirkt. Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf, daß die Unterlagen jetzt endlich ausgelegt werden und das Vorhaben dann mit den betroffenen Bürgern intensiv erörtert wird. Es geht jetzt darum, die Argumente der Bürger in einem ergebnisoffenen Verfahren aufzugreifen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen.

Der Bundesumweltminister wies noch einmal ausdrücklich darauf hin, daß er mit seiner Entscheidung zur Weisung einen klaren Gesetzesauftrag erfüllt. Danach ist der Bund zur Einrichtung von Anlagen zur Endlagerung radioaktiver Abfälle gesetzlich verpflichtet. Darüber hinaus sieht sich Töpfer durch einen Beschluß aller Bundesländer einschließlich Niedersachsen bestätigt. Am 29. August 1990 haben die für die Endlagerung radioaktiver Abfälle zuständigen Staatssekretäre von Bund und Ländern in ihrem Arbeitskreis zur nuklearen Entsorgung Übereinstimmung über die Dringlichkeit eines Endlagers erzielt. In ihrem Beschluß heißt es:

"Unbeschadet unterschiedlicher Auffassung über die Nutzung der Kernenergie und unbeschadet der Frage eines künftigen Entsorgungskonzepts treten die Staatssekretäre mit allem Nachdruck dafür ein, daß im Hinblick auf die gesicherte Entsorgung der radioaktiven Abfälle aus kerntechnischen Anlagen sowie aus

Medizien, Industrie und Forschung Errichtung und Inbetrieb-
nahme eines Bundesendlagers für radioaktive Abfälle mit ver-
nachlässigbarer Wärmeentwicklung mit hoher Priorität betrieben
wird."